

Postwachstum

Ökonomen warnen vor »Überhitzung« der Wirtschaft

Simon Zeise

Die bürgerliche Klasse ist besorgt: Zwar sei die Wirtschaft zum Jahreswechsel hierzulande »in Bestform«, doch drohe sie »zu überhitzen«, bemerken Autoren im aktuellen *Spiegel* – das hätten sie von den Ökonomen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage und anderen Wirtschaftsberatern erfahren. Jeder, der sehenden Auges durchs Leben läuft, denkt zunächst an einen schlechten Witz. Arbeitslosigkeit, Minijob und Niedriglohn sind für den Großteil der Lohnabhängigen eiskalte Zukunftsaussichten. Waren und Dienstleistungen legen, in Preisen gemessen, nicht mal mehr um zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu – Postwachstum als gesellschaftliche Realität.

Doch nicht die Zukunft einer verlorenen Generation liegt dem Sprachrohr der herrschenden Klasse am Herzen. Vielmehr kommt das Akkumulationsregime an seine Grenzen. Der Sachverständigenrat habe hervorgehoben, dass das Bruttoinlandsprodukt, also alle tatsächlich verkauften Waren und Dienstleistungen, das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, also alle Waren und Dienstleistungen, die bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten verkauft werden könnten, 2017 um 0,6 Prozent überstiegen habe. Tendenz steigend; 2019 soll die Wirtschaft schon mit bis zu drei Prozent »überhitzen«, warnt die Bundesbank.

Wachstum gibt es nämlich nur auf Pump. Die Arbeiterklasse stellt den Konzernchefs unbezahlte Mehrarbeit zur Verfügung: 2016 wurden in der BRD 1,7 Milliarden Überstunden geschoben.

Während mehr als acht Prozent der Wirtschaftsleistung ins Ausland flossen, sind in den vergangenen 15 Jahren die Löhne im Verhältnis zum BIP im Durchschnitt lediglich um ein Prozent gestiegen. Selbst unter dem Kürzungsdiktat der »Schuldenbremse« hätten in den vergangenen fünf Jahren 140 Milliarden Euro investiert werden können – Geld, das den Reichen genommen werden müsste. Daran haben weder Bundesregierung, Kapitalisten und Firmenerben noch führende Wirtschaftsberater Interesse.

Beim Sachverständigenrat heißt es dann: Die Lohnentwicklung sei seit der Einführung der »Agenda 2010« stabil, eine Erhöhung vermögensbezogener Steuern sollte unterlassen werden. Armut entspringt nur der Phantasie der Ausgebeuteten: Anstatt die gute konjunkturelle Entwicklung endlich zur Kenntnis zu nehmen, werde hierzulande ein »intensiver Ungleichheitsdiskurs geführt«.

Aber auch die Herrschenden wissen, dass durch Kürzungen allein nicht mehr Gewinne erwirtschaftet werden können; sie müssen erpresst werden. Im nationalen Rahmen etwa durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlages oder weitere Privatisierungen öffentlichen Eigentums. In der Euro-Zone durch die Verschärfung der Fiskalregeln.

<https://www.jungewelt.de/artikel/324583.postwachstum.html>